

Stand: 13.07.2025 10:23:18

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/17929

"Bürgerinnen und Bürger vor Steuererhöhungen schützen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 16/17929 vom 16.07.2013
2. Beschluss des Plenums 16/18219 vom 18.07.2013
3. Plenarprotokoll Nr. 133 vom 18.07.2013

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Hacker, Karsten Klein, Renate Will, Prof. Dr. Georg Barfuß, Dietrich Freiherr von Gumpenberg, Julika Sandt** und **Fraktion (FDP)**,

Christa Stewens, Renate Dodell, Gertraud Goderbauer, Philipp Graf von und zu Lerchenfeld, Hans Herold, Martin Bachhuber, Kurt Eckstein, Erika Görlitz, Josef Müller, Alexander Radwan, Heinrich Rudrof, Georg Winter, Peter Winter und **Fraktion (CSU)**

Bürgerinnen und Bürger vor Steuererhöhungen schützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene weiterhin gegen Steuererhöhungen und gegen die Einführung neuer Steuern und Abgaben einzusetzen, um massive Mehrbelastungen jedes einzelnen Bürgers und die Gefährdung von Arbeitsplätzen zu verhindern.

Insbesondere sind folgende Maßnahmen abzulehnen:

1. Erhöhung von
 - a Einkommensteuer
 - b Erbschaftsteuer
 - c Abgeltungssteuer für Kapitaleinkünfte
 - d Umsatzsteuer;
2. Einführung einer Vermögensteuer bzw. einer Vermögensabgabe;
3. Abschaffung des Ehegattensplittings;
4. Reduzierung der Kinderfreibeträge;
5. Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung, die über die kontinuierliche Fortschreibung im Rahmen des geltenden Bundesrechts hinausgeht;
6. Abschaffung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse der sog. Minijobs.

Begründung:

Der deutsche Arbeitsmarkt ist robust, es herrscht Rekordbeschäftigung. Viele Unternehmen machen Rekordgewinne und davon profitiert auch der Staat: Bund und Länder verzeichnen Rekordsteuereinnahmen. In solchen Zeiten kann es nicht Ziel der Politik sein, den Bürger immer stärker zu belasten. Massive Mehrbelastungen von Familien und die Gefährdung von Arbeitsplätzen dürfen nicht billigend in Kauf genommen werden. Mehrbelastungen der bayerischen Unternehmen und jedes einzelnen Bürgers sind zu verhindern. Es bleibt bei dem alten Grundsatz: Was der Staat dem Mittelstand nicht lässt, kann der auch nicht mehr investieren. Die Erhöhung der Erbschaftsteuer gefährdet beispielsweise stark die Übertragung von Familienunternehmen auf die nächste Generation. Die Vermögensteuer wiederum trifft vor allem Familienunternehmen, da das Betriebsvermögen betroffen wäre. Mit der Vermögensabgabe träfe man nicht nur „Reiche“, sondern auch viele Immobilieneigentümer, die Erhöhungen auf Mieter umlegen würden, was in der Folge um bis zu 20 Prozent höhere Mieten führen würde.

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Hacker, Karsten Klein, Renate Will, Prof. Dr. Georg Barfuß, Dietrich Freiherr von Gumpenberg, Julika Sandt** und **Fraktion (FDP)**,

Christa Stewens, Renate Dodell, Gertraud Goderbauer, Philipp Graf von und zu Lerchenfeld, Hans Herold, Martin Bachhuber, Kurt Eckstein, Erika Görlitz, Josef Miller, Alexander Radwan, Heinrich Rudrof, Georg Winter, Peter Winter und **Fraktion (CSU)**

Drs. 16/17929

Bürgerinnen und Bürger vor Steuererhöhungen schützen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene weiterhin gegen Steuererhöhungen und gegen die Einführung neuer Steuern und Abgaben einzusetzen, um massive Mehrbelastungen jedes einzelnen Bürgers und die Gefährdung von Arbeitsplätzen zu verhindern.

Insbesondere sind folgende Maßnahmen abzulehnen:

1. Erhöhung von
 - a Einkommensteuer
 - b Erbschaftsteuer
 - c Abgeltungssteuer für Kapitaleinkünfte
 - d Umsatzsteuer;
2. Einführung einer Vermögensteuer bzw. einer Vermögensabgabe;
3. Abschaffung des Ehegattensplittings;
4. Reduzierung der Kinderfreibeträge;
5. Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung, die über die kontinuierliche Fortschreibung im Rahmen des geltenden Bundesrechts hinausgeht;
6. Abschaffung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse der sog. Minijobs.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Abg. Karsten Klein

Abg. Philipp Graf von und zu Lerchenfeld

Abg. Hubert Aiwanger

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Christa Stewens

Abg. Eike Hallitzky

Staatssekretär Franz Josef Pschierer

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Thomas Hacker, Karsten Klein, Renate Will u. a. und Fraktion (FDP),
Christa Stewens, Renate Dodell, Gertraud Goderbauer u. a. und Fraktion (CSU)
Bürgerinnen und Bürger vor Steuererhöhungen schützen (Drs. 16/17929)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof.
(Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Abschaffung der Erbschaft- und Schenkungsteuer (Drs. 16/18197)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar
Halbleib, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)
Schluss mit steuerpolitischer Klientelpolitik und Steuersenkungen auf Pump
(Drs. 16/18198)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Klein für die FDP-Fraktion. Ihm folgt Kollege Graf von und zu Lerchenfeld für die CSU-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege Klein. Alle anderen bitte ich um Aufmerksamkeit. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Karsten Klein (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt in Deutschland politische Kräfte, die einen Anschlag auf die Wettbewerbsfähigkeit dieses Landes planen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, Schwarz-Gelb!)

Das Programm der SPD will eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 49 %, die ersatzlose Abschaffung des Ehegattensplittings, Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuerpflicht, Wiedereinführung der Vermögensteuer, Verschärfung der Un-

ternehmensteuer, ersatzlose Streichung der reduzierten Sätze bei der Mehrwertsteuer, weitere Reform der Erbschaftsteuer und eine Erhöhung des Abgeltungsteuersatzes von 25 auf 32%.

Das Programm des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN will die Einführung einer einmaligen Vermögensabgabe und anschließend der Vermögensteuer, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 49 %, die Abschaffung des Ehegattensplittings, die Einführung einer Vermögensteuer, die Einführung einer EU-Steuer, die Einführung einer Steuer auf Ressourcenverbrauch, die Einführung einer Tütensteuer und so weiter und so weiter. Hinzu kommen die Unternehmensteuer, die Ökosteuern, die Kerosinsteuer, die Erbschaftsteuer, die Grundsteuer, die Gewerbesteuer, die Dieselsteuer, die Heizölsteuer, eine Steuer für Dienstwagen und die Lkw-Maut.

Nach Berechnungen der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft beträgt die Mehrbelastung für die Bürgerinnen und Bürger bei beiden Programmen mehr als fünf Milliarden Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, führende Politiker von Rot-Grün wie zum Beispiel Jürgen Trittin treffen die Aussage, 90 % der Einkommensteuerzahler würden durch diese grünen Steuervorschläge entlastet. Peer Steinbrück vermeldet: Ja, wir wollen einige Steuern für einige erhöhen. So viel zum Realitätsverlust von Rot-Grün.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist Ehrlichkeit!)

Bei einer solchen Steuererhöhungssorgie ist es verlogen, wenn von moderaten Erhöhungen oder davon gesprochen wird, dass nur die Reichen belastet werden. Warum? - Zuerst werden die Leistungsträger in Deutschland belastet. Der Spitzensteuersatz beginnt bereits bei einem Jahreseinkommen von 60.000 bzw. 65.000 Euro. Das Durchschnittseinkommen in Deutschland liegt aktuell bei 29.000 Euro. Wenn da jemand von einer Steuer für Reiche spricht, weiß ich nicht, in welcher Welt er lebt. Die Vermögensteuer wird alle Unternehmen belasten. Vor allem wird sie Spar- und Investi-

tionsentscheidungen beeinflussen. Oben drauf kommt noch die Bürgerversicherung mit einer Erhöhung der Beitragsbemessungsgrundlage, die oft vergessen wird.

Sie belasten aber auch die Familien, die die Keimzellen für unsere Gesellschaft sind und die Leistungen erbringen. Mit dem Spitzensteuersatz belasten Sie vor allem junge Familien mit gut ausgebildeten Menschen. Aber auch mit der Abschaffung des Ehegattensplittings und damit, dass Sie das Steuersystem in Richtung einer Individualbesteuerung umbauen, belasten Sie die Familien. Sie wollen die Kinderfreibeträge reduzieren. Diese Reformen würden jede dritte Familie in Deutschland mit einem zu versteuernden Einkommen von gerade einmal 31.700 Euro im Jahr treffen. Dabei berücksichtigen gerade die Kinderfreibeträge typische Ausgaben von Eltern.

Ich darf vielleicht ein kleines Beispiel nennen, damit Ihnen deutlich wird, was Sie vorhaben: Ledige müssen schon ab einem Einkommen von 6.128 Euro im Monat mit Mehrbelastungen rechnen. Berufstätige mit zwei Kindern müssen ab einem Familieneinkommen von monatlich 6.000 Euro mit einer Mehrbelastung von 1.200 Euro im Jahr rechnen. Ehepaare mit monatlich 10.600 Euro haben eine Mehrbelastung von 7.200 Euro im Jahr. Das, was Sie auf den Weg bringen, ist beachtlich. Ihre Steuerkonzepte, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, sind Gift für den deutschen Nachwuchs.

(Beifall bei der FDP)

Mit Ihren Steuerplänen gefährden Sie den Mittelstand und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Ich habe es am Anfang schon gesagt. Für die allermeisten kleinen und mittleren Unternehmen ist die Einkommensteuer die Unternehmensteuer, die Sie so kräftig erhöhen wollen. Durch die Einführung der Vermögensteuer sind eine halbe Million Jobs in Gefahr. Die Steuerlast der Betriebe würde auf bis zu 80 % ansteigen. Nur ein kleines Beispiel dazu: Ein Familienunternehmen mit einem Vermögenswert von 10 Millionen Euro und einer Rendite von 5 % hätte 500.000 Euro Gewinn zu versteuern. Nach Ihren Plänen würden davon 400.000 Euro an den Fiskus fließen, nämlich

250.000 Euro über die Einkommensteuer und 150.000 Euro über die Vermögensabgabe. Sie entziehen dem deutschen Mittelstand, den Familienunternehmen, die Investitionsmöglichkeiten für die Zukunft.

Aus den Debatten, die wir in den letzten Monaten und Jahren in diesem Haus geführt haben, ist eines klar geworden, was Sie immer noch nicht verstanden haben: Wir werden unseren Wohlstand in Deutschland, über den Sie immer so gerne reden, weltweit nur verteidigen können, wenn unsere Arbeitsplätze in Deutschland wettbewerbsfähig bleiben. Sie legen mit Ihrem Konzept an diese Wettbewerbsfähigkeit die Axt an.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe gestern eine sehr interessante Debatte über die Höhe der Mieten und über den Wohnraum verfolgen können. Ihre Steuerpläne werden alles das, was gestern vorgebracht wurde, als kleines Problem erscheinen lassen. Die Vermögensteuer und die Grundsteuer, die die GRÜNEN nach dem Verkehrswert festsetzen wollen, werden erheblich auf die Mieten durchschlagen.

(Beifall bei der FDP)

Bis zu 20 % höhere Mieten sind zu erwarten, doch Sie erzählten gestern hier etwas über gesunde Mietkosten.

Lassen wir einmal die Teilbereiche Familien und Mittelstand heraus, reden wir über das Thema Generationengerechtigkeit. Sie möchten mit Ihren Steuerplänen die aktive, vor allem die junge Generation, die Leistungsträger belasten. Wo aber gehen die zusätzlichen Mittel hin, die Sie generieren wollen? – In die Basisrente und in Hartz IV. Da kann ich Ihnen nur sagen: Unsere generationengerechte Finanz- und Haushaltspolitik sieht anders aus als Ihre. Wir haben schon jetzt eine explizite Verschuldung von über 80 % und eine implizite von weit über 100 %. Sie aber wollen darüber hinaus, zusätzlich zu diesen Lasten, die aktive Generation, die Leistungsbringer, noch mehr belasten und die Schulden generationsweise verschieben. Ich kann Ihnen da nur

sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ihnen war nicht bewusst, was Sie in Ihrem Programm beschlossen haben.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, sie wären gerne Robin Hood, doch in Wahrheit sind sie der böse Sheriff von Nottingham. Sie nehmen den Leistungsträgern das Geld und verteilen es an die, die es nicht brauchen können.

(Beifall bei der FDP)

Wenn man aber über Umverteilungspolitik in Deutschland sprechen will, lieber Herr Kollege Hallitzky, dann muss man einmal anerkennen, dass 1 % der Steuerzahler 20 % des kompletten Steueraufkommens bezahlen. 10 % der Steuerzahler zahlen 55 % des Steueraufkommens. Wir haben in Deutschland – und das hat auch die letzte OECD-Studie bestätigt – kein Gerechtigkeitsproblem bei der Umverteilung. Sie aber möchten das soziale Gleichgewicht und die Übereinstimmung dieser Gesellschaft auf den Prüfstand stellen. Das werden wir nicht mitmachen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir über Umverteilung reden, dann muss jedem klar sein: Man kann nur das umverteilen, was auch erwirtschaftet wird.

(Klaus Dieter Breitschwert (CSU): So ist es! - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Und ihr macht Schulden!)

Hierzu gibt es neue Berechnungen des Wirtschaftsinstituts aus Köln, denen zufolge Ihre Steuerpläne zu einem dramatischen Wirtschaftseinbruch, einem Minuswachstum von 0,9 %, führen würden. Das hätte für 2009 anstatt eines Minus von 5,1 ein Minus von 6 % bedeutet; in 2010 anstatt 4,2 % 3,3 % und im Jahr 2012 kommen wir mit

minus 0,9 % in der Langfristwirkung auf minus 0,2 %. In 2013 mit 0,6 % kämen wir auf ein Minuswachstum von 0,3 %.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihre Rechnung geht nicht auf!

(Beifall bei der FDP)

Deshalb möchte ich an dieser Stelle für Sie noch einmal zusammenfassen: Sie belasten die Leistungsträger, Sie quetschen die Familien aus, und Sie bevormunden sie mit Ihrer Steuerpolitik, weil Sie nicht die freie Wahl ermöglichen, sondern bewirken, dass beide Elternteile arbeiten gehen müssen. Sie sind Gift für den deutschen Nachwuchs, Sie gefährden beim Mittelstand die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts, und Sie schneiden den Unternehmen die Luft ab für die nötigen Zukunftsinvestitionen. Sie sind mit Ihrem Konzept *der* Mietpreistreiber, und was die Generationengerechtigkeit angeht: Fehlanzeige! Ihre Steuerpläne gefährden den Standort Deutschland, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

Wie gravierend das mittlerweile für Sie selbst ist, zeigt die Tatsache, dass Sie versuchen, anderen, die diese Pläne kritisieren und entlarven, auch noch den Mund zu verbieten. Sie reichen gegen politisch anders agierende Menschen Klage ein.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf Ihre zwei Dringlichkeitsanträge eingehen. Ich bin sehr dankbar, liebe Kolleginnen und Kollegen, für den Dringlichkeitsantrag der SPD. Dieser Dringlichkeitsantrag macht nämlich die Unterschiede in der finanzpolitischen Konzeption für dieses Land deutlich. Bei Rekordsteuereinnahmen eine Steuererhöhungssorgie auf den Weg bringen zu wollen, das Geld noch nicht einmal in Haushaltskonsolidierungen stecken zu wollen, sondern nur in zusätzliche Ausgabenprogramme, die völlig unnötig sind, ist schädlich für künftige Generationen!

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Aiwanger, Ihr Antrag zum Thema Erbschaftsteuer ist ein nettes Ding, ich würde aber empfehlen: Einigen Sie sich doch einmal mit denjenigen über Ihre Steuerpläne, denen Sie sich jeden Tag anbieten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich will Ihre Meinung wissen, nicht die von Rot-Grün! Sie können beweisen, wo Sie stehen!)

Da ist keine Übereinstimmung herbeizuführen. Ich kann Ihnen jetzt schon sagen, Herr Kollege Aiwanger, Sie werden irgendwelche Steuerpläne nicht auf Bundesebene und auf Landesebene schon zweimal nicht umsetzen können.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich will Ihre Meinung wissen!)

Es ist falsch, was Sie da tun.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Weil es Ihnen nicht in den Kram passt!)

Sie beschäftigen sich mit einer Kleinigkeit aus der Geamtkonzeption. Unsere Haltungen sind klar,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Unsere auch!)

wir werden dieses Thema auch wieder auf den Prüfstand stellen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie regieren doch ab Herbst gar nicht mehr!)

Ich kann Ihnen schon sagen: Wir regieren nicht mit Parteien in Deutschland, die eine völlig andere Meinung haben als wir selbst.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Mit einem Stimmergebnis von 3 % regieren Sie überhaupt nicht mehr!)

Da zeigen sich die vielen Unterschiede zwischen den FREIEN WÄHLERN und der SPD und den GRÜNEN. Ich bin überzeugt, dass Sie in der nächsten Legislaturperiode mit Sicherheit da sitzen werden, wo Sie auch jetzt sitzen, auch wenn Sie sich für jedes Thema an jeden verkaufen würden, damit Sie einen Platz in der vorderen Reihe bekommen können.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Wir machen gleich weiter in der Diskussion über diese steuerpolitischen Anträge. Vorher darf ich Ihnen aber die Abstimmungsergebnisse zum Themenkomplex Asylanträge übermitteln, zunächst zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Pfaffmann, Zacharias und anderer und Fraktion (SPD), Drucksache 16/17931, "Für eine humanere Asylpolitik: Prinzip der Förderung von Rückkehrbereitschaft sofort abschaffen!" - Dass ich das noch einmal erleben darf: Mit Ja haben 100 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 44 Abgeordnete gestimmt. Enthaltungen gab es 11. Damit ist der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion angenommen worden.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Ich musste 23 Jahre hier sitzen, damit ich das erleben darf.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Jetzt die Ergebnisse der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Dr. Runge, Gote und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Drucksache 16/17928, "Für humanitäre Flüchtlingspolitik in Bayern: Konsequenzen aus dem Hunger- und Durststreik der Flüchtlinge ziehen". Zu Nummer eins des Dringlichkeitsantrags haben 130 Abgeordnete mit Ja gestimmt, sechs mit Nein, Enthaltungen gab es 16. Damit ist die Ziffer eins des Dringlichkeitsantrags der Fraktion der GRÜNEN angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Der restliche Teil des Dringlichkeitsantrags wurde abgelehnt. Mit Ja haben 47 gestimmt, mit Nein 82, und enthalten haben sich 21 Abgeordnete.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3 - Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Theresa Schopper (GRÜNE): Das ist historisch!)

Jetzt gehen wir in der Diskussion der Dringlichkeitsanträge zur Steuerpolitik weiter. Nächster Redner ist Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld. Bitte schön.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Steuerpläne der SPD und der GRÜNEN sind, wie Herr Kollege Klein schon sehr deutlich gemacht hat, eine echte Bedrohung für den Wirtschaftsstandort Deutschland, für unseren Mittelstand, für die Arbeits- und Ausbildungsplätze in Deutschland, für Investitionen und nicht zuletzt für die Familien. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Sie versündigen sich an Bayern und an Deutschland!

(Beifall bei der CSU und der FDP - Dr. Paul Wengert (SPD): Was soll denn das, wollen Sie uns provozieren? - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, dass Sie nach Berlin kommen! - Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich hatte kürzlich einen Albtraum, in dem sich ein Szenario abgespielt hat, das mit den Steuerplänen von Rot-Grün zusammenhängt.

(Zurufe von der SPD)

- Ihre unqualifizierten Äußerungen können Sie nachher durchaus in einer Zwischenbemerkung bringen, lieber Herr Kollege Wengert, Sie sind wirklich ein Albtraum für jeden Redner.

Zartbesaitete Gemüter haben mittlerweile schon den Plenarsaal verlassen,

(Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, was sagen Sie zu diesem Albtraum!)

bevor ich mich dem gruseligen Szenario dieses Albtraums zuwende.

(Volkmar Halbleib (SPD): Unverschämtheit!)

Lassen Sie mich beginnen: Am Abend der Bundestagswahl 2013 stellt sich heraus, dass der schwarz-gelben Koalition eine Stimme fehlt, um ihre erfolgreiche Politik der letzten Jahre fortzusetzen. Der Albtraum geht weiter: denn nach einem Verhandlungsmarathon zwischen den Parteien wird schließlich im dritten Wahlgang Sigmar Gabriel mit Unterstützung der Linken zum Bundeskanzler gewählt. In seinem Kabinett ist kein bayerischer SPD-Vertreter, obwohl sich Herr Pronold doch solche Hoffnungen gemacht hat.

(Unruhe bei der SPD)

Die Reaktion an den Finanzmärkten auf die neue Bundesregierung folgt unmittelbar. Deutschland wird von allen Rating-Agenturen herabgestuft. Sofort nach der Vereidigung des Kabinetts beginnt Finanzminister Trittin die Steuerpläne der rot-grünen Minderheitsregierung umzusetzen, trotz der unmissverständlichen Warnungen des bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer und des Widerstandes des grünen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg.

Die Steueränderungen werden wie folgt festgelegt: Erhöhung der Einkommensteuer ab einem Monatseinkommen von 5.000 Euro auf 49 %; Abschaffung des Ehegattensplittings; Abschaffung der Abgeltungsteuer für Kapitaleinkünfte; Einführung einer Vermögensteuer von 2 %, weil man sich auf die Vermögensabgabe von 1,5 %, die die GRÜNEN vorschlagen, nicht einigen kann; Korrekturen bei der Erbschaftsteuer mit dem Ziel, das Aufkommen der Erbschaftsteuer zu verdoppeln; faktische Abschaffung des Kinderfreibetrags.

Die Außenministerin Claudia Roth vereinbart auf einem Gipfeltreffen mit dem französischen Kollegen, dass die Euroländer gemeinsam Eurobonds auflegen, und dann erklären die beiden gemeinsam, dass durch die Vergemeinschaftung der Schulden end-

lich die Schuldenkrise in Europa verhindert wurde. Der französische Staatspräsident Hollande bedankt sich überschwänglich beim deutschen Bundeskanzler, dass die im Jahr 2012 bei einem Besuch der SPD-Spitze vereinbarte europäische Schuldenunion schon so kurz nach der Wahl in Deutschland umgesetzt werden konnte.

Aber schon im Jahr 2014 beginnen die Probleme für Deutschland. Das Wirtschaftswachstum geht zurück, dramatisch! Die Insolvenzen mittelständischer Betriebe erreichen einen neuen Höchststand in Deutschland. Die Investitionen in den Unternehmen sind so gering wie seit über 15 Jahren nicht mehr. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigt auf über 10 %. Anfang 2015 sind über fünf Millionen Arbeitslose zu zählen. Die Jugendarbeitslosigkeit hat mittlerweile französische Ausmaße angenommen und erreicht mit 20 % einen neuen Höchststand - mit steigender Tendenz.

(Zurufe von der SPD)

Die anfangs noch sprudelnden Steuereinnahmen gehen seit 2009 zum ersten Mal zurück. Zu Beginn des Jahres 2015 legt deshalb die rot-grüne Bundesregierung ein milliardenschweres Konjunkturprogramm auf, das vollkommen wirkungslos verpufft, aber die direkte Verschuldung Deutschlands auf ein neues Rekordniveau des Bruttoinlandsproduktes steigen lässt.

Übrigens ist Bayern erstmals ab dem Jahr 2014 wegen der vernünftigen Regierung unter Horst Seehofer das einzige Geberland im Länderfinanzausgleich geworden und soll in diesem Jahr mehr als acht Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich einzahlen.

(Zurufe von der SPD)

Deutsche Anleihen werden im Lauf des Jahres 2015 von den Rating-Agenturen mehrfach herabgestuft und erreichen Ramschniveau. In der Bevölkerung mehren sich die Stimmen, die eine Ablösung der rot-grünen Bundesregierung fordern, weil sie es nicht schafft, an die großen Erfolge der schwarz-gelben Koalition anzuknüpfen.

(Lachen bei der SPD)

Deutschland ist wegen der eigenen Schulden und der Eurobonds mittlerweile so verschuldet, dass es für seine Anleihen mehr als 7 % Zinsen zahlen muss. Nordrhein-Westfalen steht kurz vor dem finanziellen Kollaps. Die radikalen Kräfte von links und rechts gewinnen bei den Landtagswahlen immer mehr Stimmenanteile. Deutschland muss wegen der europäischen Schuldenunion weitere neue Schulden aufnehmen. Die Zinsen steigen, die Inflation erreicht Rekordniveau. Und dann? - Dann bin ich Gott sei Dank aus diesem Alptraum aufgewacht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Denn ich habe festgestellt: Wir werden im Herbst die Bundestagswahl und die Landtagswahl in Bayern gewinnen.

(Beifall bei der CSU)

Es wird deshalb keine Steuererhöhungen geben. Im Gegenteil: Wir werden die kalte Progression abschaffen und die Unternehmensbesteuerung vereinfachen. Es wird keine Schuldenunion mit Deutschland geben,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die haben wir doch schon!)

sondern es wird konsequent der Weg zu einer Stabilitätsunion weiter fortgesetzt. Wir werden das Ziel der Regionalisierung der Erbschaftsteuer weiter verfolgen, eine vernünftige Reform der Grundsteuer erreichen und auf diese Art und Weise dafür sorgen, dass Bayern und Deutschland weiter prosperieren. Wenn die Erbschaftsteuer regionalisiert wird, dann erledigt sich auch der offenkundig unsinnige Antrag der FREIEN WÄHLER.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Was ist daran unsinnig, wenn wir die abschaffen wollen?)

Ich appelliere an die Kollegen der Opposition: Halten Sie ein, Pläne zu verfolgen, die Deutschland und Bayern massiv schaden. Halten Sie ein mit Ihren Plänen für eine Vergemeinschaftung der Staatsschulden in Europa. Belasten Sie nicht die Leistungsfähigen in der Mitte unserer Gesellschaft mit noch mehr Steuern. Unterstützen Sie die Familien, und orientieren Sie sich endlich am Grundgesetz, das die Ehe und die Familie unter den besonderen Schutz des Staates stellt. Werden Sie endlich vernünftig! Gehen Sie unseren Weg. Meiden Sie die Wege in die sozialistische Planwirtschaft, die Sie mit Ihren Steuerplänen einschlagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Oh je!)

Wir werden unserem Antrag zustimmen, aber Ihre Anträge ablehnen müssen. Das tut mir sehr leid.

Lassen Sie mich zum Schluss dieser Rede noch kurz etwas sagen: Heute ist mein letzter Tag hier.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Gott sei Dank!)

- Herr Kollege Wengert, Ihrer wahrscheinlich auch. Insofern freue ich mich, wenn wir uns als Privatleute irgendwann einmal wiedersehen. – Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei allen Mitarbeitern des Landtagsamts von ganzem Herzen dafür zu bedanken, dass sie uns zehn Jahre so gut unterstützt haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich möchte mich bei allen Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen hier im Haus für lustige und manchmal etwas schmerzliche Diskussionen bedanken. Ich möchte mich dafür bedanken, dass wir in den Ausschüssen immer wieder sehr vernünftig Sacharbeit geleistet haben. Herzlichen Dank Ihnen allen dafür!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege. Den Abschiedsworten darf ich mich anschließen. Meine Amtszeit endet mit der nächsten Worterteilung. Ganz herzlichen Dank für die gute Zeit, die wir miteinander hatten. Ihnen persönlich alles Gute und im Rahmen des Erforderlichen viel Erfolg. Wir sehen uns bei jeder Gelegenheit gerne wieder. Machen Sie es gut!

(Allgemeiner Beifall)

- Danke. - Es gibt eine namentliche Abstimmung auf Antrag der CSU-Fraktion zum Koalitionsantrag und eine namentliche Abstimmung zum Antrag der FREIEN WÄHLER.

Herr Kollege Aiwanger, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Steuerpolitik ist gerade vor Wahlen immer gut, um die politische Richtung zu dokumentieren. Da fällt es Schwarz-Gelb natürlich leicht, Rot-Grün abzuwatschen, eine Drohkulisse aufzubauen und auszumalen, was denn alles käme, wenn.

Sie haben einleitend gesagt, dass Deutschland an Wettbewerbsfähigkeit verlieren würde und Sie Alpträume hätten, was alles auf uns zukommt, wenn die Schuldenunion kommt. Sie warnen vor Rot-Grün. Ich ergänze hier: Schwarz-Gelb. Wenn Sie die Politik der linken Seite des Hauses als steuerpolitisches Harakiri bezeichnen, so kann ich Ihnen nur sagen: Sie sind hier in guter Gesellschaft.

Sie haben der Schuldenunion zugestimmt. Schwarz-Gelb hat dem Eurorettungsschirm zugestimmt. Das ist der Wegbereiter in die Schuldenunion, das bedeutet Mithaftung. Die SPD hat sogar in ihren Antrag hineingeschrieben, dass bei den steuerpolitischen Belastungen noch gar nicht die Belastungen durch die Eurorettungsschirme berücksichtigt worden sind. Die haben Sie mit zu verantworten. Sie haben die Maastricht-Kriterien gebrochen, die lauteten: Jeder haftet nur für seine eigenen Schulden. Jetzt haften Sie für Griechenland mit. Aufgrund dessen brauchen wir Steuereinnahmen, um

diese Versprechungen abzuarbeiten, wobei Sie doch ausdrücklich ausgeschlossen hatten, dass wir mithaften müssen. Sie haben dafür die Hand gehoben, und wenn Sie im Bundestag sitzen, werden auch Sie die Hand dafür heben, dass Recht gebrochen wird. Das ist das große Problem, das auf uns zukommt, meine Damen und Herren.

In Griechenland gibt es Milliardäre, die sich jeder Steuer entziehen. Die großen Reedereien sind steuerfrei, und Sie halten hier an der Erbschaftsteuer fest und sagen, es sei Unsinn, wenn wir als FREIE WÄHLER die Abschaffung der Erbschaftsteuer fordern. Ich erkläre Ihnen, warum wir die Erbschaftsteuer in Deutschland abschaffen wollen: weil wir einfach sehen, dass uns der Mittelstand, auch der gehobene Mittelstand, durch die Krise geführt hat, dass dieser verantwortlich dafür war, dass die Finanzkrise damals nicht so stark durchgeschlagen hat. – Okay, der eine oder andere Industrielle, der vielleicht 500 oder 1.000 Menschen Arbeit gibt, ist dabei. An diese Erbschaften wollen Sie herangehen. Diese Leute wollen Sie abkassieren. Wir sagen ganz klar: Uns ist es egal, ob der Firmeninhaber Josef Müller oder Christian Müller heißt. Nur durch diesen Erbschaftsgang soll der Staat dem Unternehmen in die Kasse greifen dürfen. Wir sind doch froh, wenn heute noch jemand eine Firma übernimmt, der Verantwortung übernimmt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das gilt selbst, wenn es sich um ein millionenschweres Familienerbe handelt. Der Erbe kann ja auch nur ein- oder zweimal und nicht zwanzigmal am Tag Brotzeit machen. Er wird dieses Geld wieder investieren und die Wirtschaft nach vorn bringen. Darum geht es doch. Der Mittelstand muss endlich von diesem Durcheinander bei der Erbschaftsteuer befreit werden, der bis heute nicht verfassungskonform geregelt ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bis heute schickt man Steuerbescheide unter Vorbehalt hinaus, Mittelständler müssen über Jahre, ja über zehn Jahre hinweg mit ihrem Steuerberater irgendwelche Steuer-
vermeidungsstrategien fahren und nachweisen, dass sie bestimmte Lohnsummen

nicht unterschreiten. Nur deshalb werden sie dann nicht abkassiert. Die ganz Reichen gehen ohnehin ins Ausland. Die erwischen Sie sowieso nicht. Der Kleine freut sich dann, dass er sein Häuschen erbschaftsteuerfrei bekommt und hat trotzdem immer irgendwo die Steuerbürokratie im Nacken.

Deshalb mein Appell an Sie, vor allem an die Schwarzen, aber auch an die Gelben hier: Sehen Sie doch ein, dass die Erbschaftsteuer weg muss.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Stimmen Sie unserem Antrag zu. Springen Sie über Ihren Schatten und sagen Sie nicht immer nur, weil es von den FREIEN WÄHLERN kommt, muss es Blödsinn sein. Die klare Ansage lautet: Die Erbschaftsteuer muss weg, weil sie der Wirtschaft im mittelständischen, im familiengeführten Bereich schadet. An die großen Aktienunternehmen kommen wir nicht heran und an die Milliardäre auch nicht. Den Mittelstand aber schröpfen Sie.

Deshalb noch einmal: Die klare Botschaft der FREIEN WÄHLER lautet: die Erbschaftsteuer abschaffen. Heute können Sie sich namentlich dafür oder dagegen positionieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Soweit Kollege Aiwanger. Vielen Dank. Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Halbleib für die SPD. Bitte sehr.

(Eberhard Sinner (CSU): Ich bin gespannt, was der Koalitionspartner sagt!)

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld, wir wünschen Ihnen persönlich alles Gute. Aber ich muss sagen: Was Sie in Ihrer letzten Rede vor dem Landtag abgeliefert haben, war der Tiefpunkt der steuerpolitischen Argumentation.

(Beifall bei der SPD)

In dieser Art und Weise mit steuerpolitischen Konzepten und Vorschlägen umzugehen, ist eine Art der Denunziation, die mich in dieser Form, in einen Traum gekleidet, an die Argumentationen in der Weimarer Republik erinnert hat, Herr Kollege. Das können wir so nicht stehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie schon von einem Albtraum reden, dann muss ich feststellen: Diese Rede war ein parlamentarischer Albtraum.

(Beifall bei der SPD)

Das war sie aus zwei Gründen. Sie war es erstens, weil die steuerpolitische Konzeption in einer Art und Weise denunziert wird, die in der Argumentationslinie der Hassargumentation der Weimarer Republik entspricht, und zweitens, weil Sie in dem Teil, den Sie als Aufwachtraum beschrieben haben, eigentlich wiedergegeben haben, wes Geistes Kind Ihre Politik ist.

Erinnern wir uns einmal an die Bundestagswahl 2009 und an die Zeit davor. Was haben Sie und die FDP den Bürgern damals alles versprochen! Steuersenkungen, ein einfacheres, niedrigeres und gerechtes Steuersystem. Sie haben von Ihren Versprechungen, die Sie heute in anderer Form wiederholt und in die Form Ihres Antrags gekleidet haben, null und nichts eingelöst. Das ist die steuerpolitische Wahrheit von CSU und FDP.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf das kurz begründen. Sie haben vor der letzten Bundestagswahl versprochen, insbesondere die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu entlasten. Davon ist nichts übrig geblieben. Es waren haltlose Versprechungen. Sie sind alle gebrochen worden. Was haben Sie stattdessen gemacht?

(Karsten Klein (FDP): 22 Milliarden!)

Anstatt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu entlasten, haben Sie Klientelpolitik für ganz bestimmte Bevölkerungsgruppen betrieben, Politik für die politische Klientel, die CSU und FDP nahesteht. Sie haben Klientelpolitik im Bereich der Umsatzsteuer betrieben, beim Hotelsteuerprivileg, im Bereich der Erbschaftsteuer und bei den Unternehmensteuern.

(Zurufe von der CSU)

Eines kennzeichnet doch Ihre Art des Verständnisses. Insofern war der Kollege Klein in seiner Rede höchst ehrlich: Er hat nämlich von den Leistungsträgern in dieser Gesellschaft gesprochen. Für CSU und FDP sind Leistungsträger wohl nur diejenigen, die sehr viel verdienen, die sehr hohe Einkommen haben. Für mich und unsere Fraktion kann ich sagen: Leistungsträger sind auch die Krankenschwester und der Altenpfleger, die wenig verdienen, und nicht nur der Chefarzt und andere hohe Einkommensgruppen. Das ist Ihr Verständnis von Steuerpolitik. Wir betreiben Steuerpolitik für alle.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich darf zwei Punkte ansprechen, die in Ihren Anträgen genannt worden sind.

Es ist schön und gut, dass Sie auch zur Grundsteuer eine bestimmte Position haben. Aber: Für den, der gleichzeitig garantiert, dass die Kommunen aus der Grundsteuer die gleiche Einnahmehöhe haben, die sie auch dringend brauchen, kann die wertneutrale Reform der Grundsteuer ja nur bedeuten, dass jene, die bisher weniger Grundsteuer gezahlt haben, mehr Grundsteuer zahlen müssen, und dass jene, die hochwertige Grundstücke haben, zuungunsten derjenigen entlastet werden, die dann die Zeche zahlen müssen. Das ist die Wahrheit bei der Grundsteuerreform.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Halbleib, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Volkmar Halbleib (SPD): Das können wir vielleicht am Ende meiner Rede machen. Ich denke, damit sind wir alle am besten bedient.

Das Gleiche gilt bei der Erbschaftsteuer.

(Zuruf von der CSU: Aufhören!)

Auch im Hinblick auf die Erbschaftsteuer setzen Sie doch den Leuten einen Floh ins Ohr. Insofern ist der Antrag der FREIEN WÄHLER zumindest ehrlich. Auch CSU und FDP sollten sich bekennen: Wollen Sie die Erbschaftsteuer abschaffen oder nicht abschaffen? Wir bekennen uns klar dazu, dass die Erbschaftsteuer auch ein Teil der Steuergerechtigkeit ist. Denn – da können Sie in die Bayerische Verfassung oder auch ins Grundgesetz schauen – die Vermögensbezogenheit der Erbschaftsteuer ist schon ein wichtiger Punkt eines steuergerechten Systems.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nun darf ich noch ansprechen, was Sie hier veranstalten. Sie tun ja gerade so, als hätten der Bund, die Länder und Kommunen keine finanziellen Probleme. Ich darf nur daran erinnern, dass Schwarz-Gelb in der jetzt zu Ende gehenden Periode des Deutschen Bundestags allein 100 Milliarden Euro neue Schulden aufgetürmt hat. Das ist doch die Wahrheit. Und Sie stellen sich hier hin und reden von den höchsten Steuereinnahmen. Sie haben unter diesen optimalen Rahmenbedingungen bei niedrigsten Zinsen und bei einer gut laufenden Konjunktur 100 Milliarden Euro neue Schulden gemacht. Das ist Ihre finanzpolitische Wahrheit, die an diesem Tag auch einmal ausgesprochen werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man sieht, was Sie 2012 an Nettoneuverschuldung hatten und auch 2013 und 2014 an Nettoneuverschuldung haben, dann sollten Sie still und leise schweigen.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Kann man auch anders schweigen?)

Ganz zum Schluss muss auch die Situation in Bayern erwähnt werden. Sie haben doch in Bayern die Nettoneuverschuldung und die Zinsbelastung des Staates nach oben getrieben. Das war doch nicht Rot-Grün; das waren doch Sie. Wenn man von einem Horrorgemälde spricht, dann muss man sagen: Es war ein Horror, dass wir in dieser Legislaturperiode die Schulden des Freistaats zulasten der Bürgerinnen und Bürger um zehn Milliarden Euro erhöhen mussten. Das war kein Traum, das war kein Albtraum, das war die Realität, für die Sie verantwortlich sind! Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU)

Auch in den Jahren 2013 und 2014 sind doch Ihre Haushalte nicht ausgeglichen. Sie haben beim Finanzierungssaldo im Jahr 2013 eine Milliarde weniger Einnahmen als Ausgaben, im Jahr 2014 sind es 500 Millionen Euro weniger Einnahmen als Ausgaben. Es ist doch nicht so, als wäre der Freistaat auf Rosen gebettet. Sie werden kein Rosenbeet, sondern viele Defizite hinterlassen.

Für einen Schuldenabbau brauchen wir eine vernünftige Einnahmebasis, um ihn zu gewährleisten.

Wir bekennen uns zur Infrastruktur und zu Bildungsausgaben. Wir sagen auch, was notwendig ist, damit wir Schulden abbauen können. Aber das passt mit Ihren steuerpolitischen Vorstellungen nicht zusammen. Wir bekennen uns zum Schuldenabbau. Wir sagen auch, dass wir dafür die starken Schultern in bestimmten Bereichen heranziehen.

(Zurufe von der CSU)

95 % bleiben von unserer Einkommensteuerreform verschont, aber die 5 %, die die wirklich starken Schultern in diesem Land darstellen, können auch einen höheren Beitrag, insbesondere für Bildung und Infrastruktur, zahlen.

Abschließend noch zwei Punkte, die denunziert wurden: Kinderfreibeträge. Wir sind der festen Überzeugung, dass dem Staat jedes Kind gleich viel wert sein muss, unab-

hängig von Art und Höhe der Einkommensteuer. Deswegen wollen wir das umstellen. Wir wollen weg von der Steuerbezogenheit hin zu einer direkten Förderung über das Kindergeld, weil es gerechter ist und alle Kinder gleichstellt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir wollen dazu kommen, dass wir nicht bestimmte Familien- oder Ehekonstellationen fördern, sondern dass wir das Geld für die Kinder in den Familien einsetzen. Das ist unser Grundsatz, und dafür stehen wir.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Steuerpolitik ist nach wie vor Klientelpolitik: Steuersenkungen auf Pump, Versprechungen in diese Richtung, unzureichender und ungerechter Steuervollzug – auch in Bayern, das haben wir mehrfach moniert – und eine fehlende Glaubwürdigkeit.

Wir setzen dagegen auf ehrliche Steuerkonzepte, notwendige Investitionen für die Infrastruktur, die Bildung und den Schuldenabbau. Wir wollen die starken Schultern stärker beteiligen. Wir brauchen mehr Steuergerechtigkeit für einen leistungsfähigen Staat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Halbleib, bleiben Sie bitte hier vorn. Wir haben zwei Zwischenbemerkungen, zunächst Frau Kollegin Stewens.

Christa Stewens (CSU): Herr Kollege Halbleib, wir setzen uns ein für Steuergerechtigkeit und für soziale Gerechtigkeit.

(Widerspruch bei der SPD)

Ist Ihnen denn eigentlich nicht bekannt,

(Zuruf von der SPD: Das ist ein Märchen!)

dass wir von der Koalition uns dafür einsetzen, dass die kalte Progression abgeschafft wird?

(Zuruf von der SPD: Märchen!)

Hiervon sind die Pflegekräfte betroffen. Hiervon sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betroffen.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Diese Anträge liegen beim Bundesrat und werden von Rot-Grün torpediert.

(Widerspruch bei der SPD – Zuruf von der SPD: Und warum?)

- Das müssen Sie sich fragen, warum das so ist. – Damit würden wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nicht so viel verdienen, tatsächlich entlasten. Aber darauf wartet die Bevölkerung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Volkmar Halbleib (SPD): Zum ersten Punkt, was die Steuergerechtigkeit in Bayern anbetrifft, Frau Kollegin Stewens. Ihre CSU hat in den letzten Jahren alles dafür getan - durch die Unterbesetzung der Finanzämter,

(Widerspruch bei der CSU)

durch die Unterbesetzung der Steuerfahndung für Betriebsprüfungen -,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

dass wir in Bayern im Steuervollzug nach wie vor die größte Steuergerechtigkeit in der gesamten Bundesrepublik haben.

(Zurufe von der CSU)

Sie sollten sich zur Steuergerechtigkeit in dieser Form nicht mehr äußern,

(Zuruf von der SPD: Genau!)

nachdem Sie diese gravierenden Defizite zu verantworten haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Sehr schwach!)

Der zweite Punkt betrifft genau das, was wir kritisieren. Sie haben vor der letzten Bundestagswahl versprochen, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer etwas zu tun. Was haben Sie gemacht, als Sie an der Regierung waren

(Zuruf von der SPD: Nichts!)

und sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat eine schwarz-gelbe Regierungsmehrheit über einen relativ langen Zeitraum hatten? – Sie haben nichts gemacht! Damals hatte Rot-Grün noch nicht die Mehrheit im Bundesrat, der man die Verantwortung hätte zuweisen können, da war Schwarz-Gelb mit einer Mehrheit ausgestattet. Sie haben nichts im Bereich der kalten Progression gemacht,

(Christa Stewens (CSU): Aber Sie!)

Sie haben nichts für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemacht. Aber eines haben Sie gemacht: Sie haben Klientelpolitik für die Wohlhabenden betrieben.

(Zurufe von der CSU)

Das ist doch die Wahrheit!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Natascha Kohlen (SPD): Hoteliers! - Zurufe der Abgeordneten Christa Stewens (CSU))

Sie, Frau Kollegin Stewens, wissen doch am besten, dass die SPD-Seite im Bundesrat längst signalisiert hat, dass wir, wenn wir an die kalte Progression herangehen wollen, auch Unterstützung leisten werden. Es geht aber nicht, dass Sie eine Steuerpolitik auf Pump machen! Sie müssen auch sagen, wie Änderungen gegenfinanziert werden.

(Zurufe der Abgeordneten Gertraud Goderbauer (CSU))

Die Verschuldung, die Sie damit auslösen, geht zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, weil wir dann nicht in Bildung und auch nicht in die Infrastruktur investieren können. Das ist insofern eine widersprüchliche Politik.

(Zurufe der Abgeordneten Gertraud Goderbauer (CSU))

Sie haben es in dem Fall noch einmal auf den Punkt gebracht. Wir waren bereit, dafür auch Kompromisse einzugehen. Das hätte aber verlangt, dass wir eine saubere Gegenfinanzierung hinbekommen. Aber saubere Gegenfinanzierungen sind nun einmal nicht Ihr Ding. Sie halten sich lieber an Versprechungen, und das machen Sie vor dieser Wahl wie vor der letzten Wahl.

Ich glaube aber, die Bürgerinnen und Bürger draußen haben kapiert, dass dieser Staat mit Steuerversprechungen nicht zu regieren ist

(Zurufe der Abgeordneten Gertraud Goderbauer (CSU))

und dass Ehrlichkeit am längsten regiert.

(Beifall bei der SPD - Lebhafter Widerspruch bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Halbleib, wir haben noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Klein.

Karsten Klein (FDP): Herr Kollege Halbleib, ich möchte Sie nur noch einmal darauf hinweisen, falls Ihnen das entgangen sein sollte: Wir haben am Anfang der Legislaturperiode die Bürgerinnen und Bürger um 22 Milliarden Euro entlastet.

(Zurufe von der SPD)

Darin waren nicht nur die von Ihnen immer wieder genannten Maßnahmen enthalten, sondern die Entlastung betraf vor allem die Familien.

(Natascha Kohnen (SPD): Und die Hotelbesitzer!)

Wenn Sie der Meinung sind, dass das alles Reiche seien, dann tut es mir sehr leid. Es tut mir auch leid, wenn Sie unter "Reiche" Mieterinnen und Mieter subsumieren und wenn Sie darunter den Familienunternehmer, der Arbeitsplätze geschaffen hat, verstehen. Ich kann, wenn Sie es uns schon nicht glauben, ein Zitat der früheren Finanzpolitikerin der GRÜNEN Christine Scheel nennen. Sie hat gesagt: Manch einer wird sich die Augen reiben, dass er plötzlich zu den Reichen zählt. – Das sollten Sie sich einmal zu Herzen nehmen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dann möchte ich noch mit etwas aufräumen, was Sie immer wieder ausgraben. Es ist richtig, dass die Staatsverschuldung auf Bundesebene immer noch schlimm ist. Das ist keine Frage. Ich möchte Ihnen aber sagen, wie glorreich Sie in Ihrer Regierungszeit gewesen sind, und Ihnen einmal die nackten Zahlen vortragen: Im Jahr 2005 waren es 31,2 Milliarden Euro Verschuldung auf Bundesebene – verantwortet durch Peer Steinbrück –, im Jahr 2006 waren es 27,9 Milliarden Euro, und im Jahr 2009 waren es 34,1 Milliarden Euro. Man kann hierbei nicht davon sprechen, dass Sie für Haushaltskonsolidierung und solide Finanzpolitik auf Bundesebene stehen.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Christa Stewens (CSU): Da wird die Wahrheit auf den Kopf gestellt!)

Volkmar Halbleib (SPD): Ich weiß nicht, was Sie mir damit sagen wollten. Fakt ist doch, dass Sie steuerpolitisch, nachdem Sie die Bundestagswahl im Jahr 2009 gewonnen haben, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nichts getan haben. Fakt ist, dass die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes umgesetzt werden musste. Wenn Sie sagen, dass das Ihr ureigenes Regierungshandeln wäre, dann ist das nicht in Ordnung. Klar ist, dass das Bundesverfassungsgericht allen Parteien vorgeschrieben hat, das umzusetzen.

(Zuruf der Abgeordneten Gertraud Goderbauer (CSU))

Wir haben doch die Bilanz nach Ihren ersten Regierungsjahren gezogen. Unter dem Strich kam eine Mehrbelastung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer heraus, weil die Sozialversicherungsbeiträge noch einbezogen werden mussten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie müssen schon ehrlich sein und dann beide Bereiche nennen.

Was die Aussage der Kollegin Scheel anbetrifft: Dazu sollten Sie lieber die Kollegen von den GRÜNEN fragen.

Aber abschließend noch einmal zu dem Punkt, bei dem wir uns befinden: Herr Kollege Klein, Sie können nicht das Jahr 2005 mit dem Jahr 2013 vergleichen. Wir haben einmalig niedrige Zinsen. Schauen Sie sich einmal den Zinsvorteil an, den Finanzminister Schäuble im Augenblick hat. Wir haben eine einmalige ökonomische Situation, auch was die Steuereinnahmen anbetrifft, und gleichwohl hat Ihre Regierungskoalition

(Zurufe von der CSU)

auf Bundesebene 100 Milliarden Euro neue Schulden gemacht.

(Karsten Klein (FDP): Vielleicht liegt es an der Finanz- und Wirtschaftskrise!)

Sie sagen: Sie würden die gleichen Versprechungen nach wie vor machen: Steuer-senkungen. Sie versprechen dann dreierlei: massive Steuersenkungen, hohe Investiti-onen in die Zukunft und zugleich Schuldenabbau. Das glaubt doch kein Mensch!

(Christa Stewens (CSU): Doch, uns schon!)

Deswegen sind wir fest davon überzeugt, dass Ehrlichkeit in der Steuer- und Finanz-politik am längsten währt. Das ist nicht Ihre Stärke, das wissen wir, und dass Sie das nur schwer einsehen, wissen wir auch. Ich glaube aber, dass die Bürgerinnen und Bürger Ihre Versprechungen satt haben. Sie wollen eine ehrliche und solide Politik.

(Zuruf von der CSU: Genau!)

Und sie wollen auch die Konsequenzen gemeinschaftlich tragen.

(Zurufe der Abgeordneten Christa Stewens und Gertraud Goderbauer (CSU))

Die Versprechungen sind vorbei. Steuerpolitische und finanzpolitische Solidität sind gefordert. Das ist Ihre Sache nicht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Halbleib. – Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Hallitzky vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschätzter Kollege Graf von und zu Lerchenfeld, es steht jedem frei, im Landtag seine Traumata – zehn Jahre mit CSU im Landtag sitzen – aufzuarbeiten.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD)

Das ist Ihr individuelles Problem. Ich würde Ihnen nur den guten Rat geben, falls Sie in den Bundestag kommen sollten, es dort nicht zu machen. Dort ist das Klima nicht so nachsichtig.

Lieber Kollege Aiwanger, Sie haben einen Antrag eingebracht, in dem steht, Sie wollen die Erbschaftsteuer abschaffen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Richtig!)

Ich dachte, Sie haben den Antrag nur gestellt, um Ihr kabarettistisches Talent im Landtag noch einmal richtig zur Geltung zu bringen und dann selbst dagegen zu stimmen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Es ist uns schon ernst!)

Falls es so sein sollte, dass es Ihnen ernst damit ist, nur fünf Punkte: Erstens. Sie betreiben eine Steuergesetzgebung, nämlich die dauerhafte Einführung von Steuern, nach Kassenlage. Ihre Begründung dazu lautet: In diesem Jahr haben wir eine sehr gute Kassenlage, deswegen schaffen wir das Steuergesetz ab.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Weil es ungerecht ist!)

Zweitens. Sie begründen – –

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

– Laut sind Sie ja! – Zweitens. Sie behaupten, dass Bürokratieaufwand und Ertrag nicht in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stünden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Richtig!)

Ich darf Ihnen sagen: Wir hatten im letzten Jahr Einnahmen von rund 959 Millionen Euro, also knapp eine Milliarde. Um das vielleicht in eine Kategorie zu übersetzen, was eine Milliarde ist, damit Sie das verstehen:

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das weiß ich schon, das brauchen Sie mir nicht zu sagen!)

Eine Milliarde ist rund dreißigmal so viel, wie in Deutschland insgesamt Schweine gehalten werden. Sie sollten also wissen, um welche Größenordnung es geht.

Drittens. Sie sind in der Vergangenheit bei ausgaberelevanten Forderungen nicht gerade die Speerspitze der Zurückhaltung gewesen.

Viertens. Sie vergessen die exorbitant hohe offene und verdeckte Staatsverschuldung nahezu aller Gebietskörperschaften in Deutschland.

Fünftens. Ihnen ist offensichtlich auch die verteilungspolitische Wirkung der Erbschaftsteuer wurscht. Es ist Ihnen wurscht, dass es bei der heutigen auseinanderdriftenden Vermögensverteilung wichtig ist, die Gesellschaft auch steuerlich beieinanderzuhalten.

Vielleicht interessiert Sie, dass allein 1 % der Erbschaftsteuerzahler 25 % des gesamten Aufkommens erbringen. Das heißt, hier gibt es eine erhebliche Verteilungswirkung.

Herr Kollege Aiwanger, Sie verstehen nichts von Geld. Vielleicht werden Ihnen die FREIEN WÄHLER gleich bei der namentlichen Abstimmung folgen. Wer etwas von Geld versteht – Herr Kollege Klein, Sie haben es gewusst, aber heute leider nicht angesprochen -, das sind die GRÜNEN.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der jetzigen bundespolitischen Debatte durchaus angemessen, habe ich einmal die Entwicklung der Neuverschuldung untersucht, seit Kohl an der Regierung war. Sie haben daraus schon eine einzige Zahl zitiert. In der Regierungsphase Kohl wurden jahresdurchschnittlich 36,6 Milliarden Euro neue Schulden gemacht. Unter Rot-Grün waren es 22 Milliarden, unter der Großen Koalition 37,6 Milliarden. Ab der Regierung von Frau Merkel mit der FDP sind es rund 100 Milliarden Euro durchschnittliche jährliche Neuverschuldung.

Sie müssen einfach sehen, dass die solideste Finanzpolitik in Deutschland seit 1983 unter der rot-grünen Regierung gemacht wurde, unter keiner anderen Regierung. Alle anderen Regierungen, an denen die Konservativen beteiligt waren, haben sich jährlich weit mehr neu verschuldet als Rot-Grün. Das ist die Wahrheit. Die können Sie in jedem Statistikbuch nachlesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Allein das ist ein Grund, zu sagen: Die Menschen können uns vertrauen, aber nicht Ihren Steuersenkungs- und Mehrausgabenbeglückungsfantasien und -kampagnen.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

- Herr Kollege Pohl, Sie müssten mit der CSU und der FDP stimmen. Wir haben hierüber seit Jahren im Landtag immer wieder debattiert. Seit Jahren kritisieren die GRÜNEN und die SPD unisono mit dem ORH, dass der Staatshaushalt in Bayern strukturell im Minus ist. Seit Jahren erzählen Sie im Widerspruch dazu und zur Realität den Leuten, dass der bayerische Staatshaushalt zum achten, neunten, zehnten Mal und was weiß ich, wie oft, hintereinander ausgeglichen gewesen wäre. Dabei zeigt die Realität, dass in keiner einzigen Legislaturperiode in Bayern die Staatsschulden mehr gestiegen sind als in dieser. Das zeigt doch, dass Ihre Rechnung nicht aufgeht.

Zusätzlich verschieben Sie gewaltige Lasten in die Zukunft, um den offiziellen Haushalt, soweit es geht, aufzuhübschen. Sie machen allerorten Verschuldung zulasten unserer Kinder. Denken Sie nur an die Pensionslasten.

In Ihrer Regierungszeit sind die ausgewiesenen Schulden gestiegen wie noch nie. In Ihrer Regierungszeit sind die verdeckten Schulden gestiegen wie nie. Und dann erzählen Sie – Frau Stewens, Sie haben eben dafür ein Beispiel geliefert - den Leuten das Blaue vom Himmel: Wohngelderhöhung, Wiedereinführung der Heizkostenpauschale, Erhöhung der Mütterrente, Abbau der kalten Progression – das war Ihr Beitrag -, Erhöhung des Grundfreibetrags und des Arbeitnehmerpauschbetrages, Hightech-Bonus für kleine Unternehmen, Senkung der Einkommensteuer um 3 %, Halbierung der Erbschaftsteuer.

Das sind alles Geschenkkörbe. Manches darin ist gut, Frau Stewens. Aber in der Summe ist es ein völlig unfinanzierbares, geradezu lächerliches Versprechen. Es zeugt von gnadenloser finanzpolitischer Inkompetenz auf dieser Seite des Hauses.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die größere finanzpolitische Solidität und Kompetenz haben Rot-Grün in ihrer ersten Regierung bewiesen und werden es demnächst hoffentlich in ihrer zweiten großen gemeinsamen Regierungsphase wieder beweisen. Die größere finanzpolitische Solidität und Kompetenz haben wir auch heute. Sie machen unbezahlbare Wahlversprechen.

Wir sagen Ja zu mehr Investitionen in Bildung und Energiewende. Wir sagen auch, dass wir die Schulden abbauen wollen. Es geht um 100 Milliarden Euro. Wir sagen aber auch, wie wir das finanzieren wollen: mit einer Abschmelzung des Ehegattensplittings, mit einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 49 %. Denken Sie daran: Unter Kohl gab es den Satz von 54 %. Wir sind also noch nicht in der sozialistischen Planwirtschaft, Kollege Lerchenfeld.

Sie machen Blendwerk. Wir machen ehrliche und solide Finanzpolitik. Das ist der Unterschied. Ihre heutigen Reden haben ihn wieder gezeigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich zwei Bemerkungen korrigieren, die von der rechten Seite gekommen sind. Diese Bemerkungen werden regelmäßig gemacht. Ich weiß, dass sie weiterhin gemacht werden, weil die rechte Seite gegenüber der Wahrheit relativ immun ist.

Erstens behaupten Sie, unsere Steuererhöhungen träfen den Mittelstand. Das ist eine Lüge. Richtig ist: Wir wollen und werden nicht den Mittelstand zur Kasse bitten, sondern die reichsten 10 % der Gesellschaft. Das ist definitorisch nicht der Mittelstand. Wenn zum Mittelstand nach Ihrer Ansicht alle außer den Eigentümern von Aldi gehören, dann haben Sie ein Problem mit der Semantik des Wortes. Wir wollen, dass die 10 % Reichsten ihren Beitrag leisten. Die sind nicht das, was wir Mittelstand nennen.

Ein Alleinverdienerhaushalt mit zwei Kindern würde bei einem zu versteuernden Einkommen von bis 78.000 Euro entlastet. Das sind weit über 6.000 Euro im Jahr.

Zweitens behaupten Sie, dass schon heute die oberen 10 % die Hauptlast der Steuern trügen. Wenn wir uns aber einmal Einkommensteuer, Mehrwertsteuer und Sozialabgaben anschauen, dann stellen wir fest – auch das ist Realität -, dass die oberen 10 % deutlich weniger Steuern und Abgaben zahlen, als es ihrem Anteil am Einkommen entspricht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen ist es genau richtig, dass wir diese 10 % zur Kasse bitten wollen.

Es mag verständlich sein, dass die Reichen und Superreichen in diesem Land keine Lust haben, von ihrem Geld etwas abzugeben. Nicht akzeptabel ist aber, dass sich CSU und FDP zu deren billigen und willigen Handlangern machen. Sie erklären die 10 % zu den Leistungsträgern der Gesellschaft. Damit sagen Sie implizit, die anderen 90 % seien faule Schmarotzer. Das ist die Kehrseite Ihrer Behauptung von Leistungsträgern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie anerkennen würden, dass alle Leistungsträger sind, könnten Sie unserer Position folgen. Das wäre real. Aber Sie schützen die Reichen und sind finanzpolitische Hasardeure. Wir stehen in der Mitte der Gesellschaft und sind finanzpolitisch solide Handwerker.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu dem SPD-Antrag. Dieser ist nämlich vernünftig. Es geschieht nicht oft, dass wir zu so etwas aufrufen. Wir werden Ihre Wische ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Hallitzky, Sie haben Herrn Klein zu einer Zwischenbemerkung herausgefordert. Er hat das Wort.

Karsten Klein (FDP): Herr Kollege Hallitzky, wenn Sie etwas Falsches mehrfach wiederholen, wird es dadurch nicht wahr. Wenn Sie eine Familie mit einem Einkommen von 6.000 Euro zu den reichsten 10 % in Deutschland zählen, dann tut es mir leid. Ich glaube, Sie haben immer noch nicht begriffen, wen Sie in der Bundesrepublik Deutschland mit Ihren Plänen treffen.

Ich zitiere Ihre ehemalige Steuersprecherin Frau Scheel:

Es ist eine hoch gefährliche Gratwanderung, mit dem größten Steuererhöhungsprogramm aller Zeiten in den Wahlkampf zu ziehen. Kein Gespür dafür, dass der

Löwenanteil des Aufkommens schon heute von den sogenannten Besserverdienern geleistet wird!

Weiter sagt sie:

Dass starke Schultern sich gebührend am Gemeinwohl beteiligen sollen, ist unstrittig. Aber eine zu hohe Gesamtbelastung von Unternehmen und vielen Bürgerinnen und Bürgern bringt nicht automatisch mehr Gerechtigkeit. Das ist ein großer Irrtum der Grünen.

Das möchte ich Ihnen mit auf den Weg geben.

Wenn Ihre solide Haushaltspolitik in der Bundesrepublik so prima gewesen wäre, dann möchte ich einmal wissen, warum dagegen ein Defizitverfahren der EU-Kommission auf den Weg gebracht worden ist, welches Sie nur deshalb nicht über sich ergehen lassen mussten, weil Sie die Maastricht-Kriterien aufgeweicht haben und damit für die schlimme Krise, die wir jetzt in Europa haben, verantwortlich zeichnen.

(Beifall bei der FDP)

Eike Hallitzky (GRÜNE): Herr Kollege Klein, mit dem Defizitverfahren war es so: Der Hintergrund waren zum Teil die Lasten, die von Ihrer Regierung stammten. Das ändert aber nichts daran, dass wir – das stellt man fest, wenn man die Zahlen der gesamten rot-grünen Regierungszeit von acht Jahren zusammenzählt – mit Abstand die Solides-ten waren. Das ist in jeder Statistik über die Entwicklung der Staatsverschuldung nachzulesen.

Wie Sie vor zwei Jahren mit dem Defizitkriterium umgehen mussten, wissen Sie.

Zu Christine Scheel. Ich achte sie. Es gibt aber genügend Leute innerhalb jeder Partei, die unterschiedliche Meinungen haben. In diesem Fall geht es aber nicht um eine Meinungs-, sondern um eine Sachfrage.

Was ich Ihnen eben skizziert habe, ist in der Tat so. Wenn man nur die Einkommensteuer betrachtet, werden die Reichsten überdurchschnittlich zur Kasse gebeten. Aber wenn man die Gesamtsituation einschließlich Sozialabgaben und Mehrwertsteuer betrachtet, stellt man fest, dass die Vorstellung, dass derjenige, der mehr bekommt, auch mehr abgibt, nur bis zu den 90 % gilt und dann kippt. Genau bei denen, die wir treffen wollen, gilt dieser Zusammenhang nicht mehr. Diese Leute können sich dann abspatzen, zum Beispiel bei den Sozialabgaben, möglicherweise über Steuerfreibetragsregelungen, über Dienstwagenprivilegien und was weiß ich. Sie zahlen Steuern nicht in dem Maße, wie es entsprechend ihrem höheren Einkommen notwendig wäre. Aber auch diese Menschen, oftmals Profiteure der Weltwirtschaftskrise vor einigen Jahren, müssen zur Finanzierung der Staatsausgaben angemessen herangezogen werden. Einen kleinen Teil von deren Reichtum braucht die Gesellschaft dringend zur Finanzierung der Bildungsaufgaben, der Sozialaufgaben und der Energiewendeaufgaben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Klein, deshalb war Ihre Zwischenbemerkung nichts wert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Hallitzky. – Für die Staatsregierung hat sich Herr Staatssekretär Pschierer gemeldet. Bitte schön.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Aiwanger, vorab in aller Kürze: Mit Ihnen wollte ich mich in der Debatte eigentlich nicht länger auseinandersetzen. Steuerpolitik wird zu einem großen Teil in Berlin gemacht. Dort sind Sie nicht, und dort werden Sie auch nicht sein.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Warum bringen Sie dann hier Anträge zur Steuerpolitik ein?)

Herr Aiwanger, das, was Sie abgeliefert haben, war Ausdruck Ihrer steuerpolitischen Achterbahnfahrt, nicht mehr und nicht weniger. Jeder, der Sie kennt, weiß doch: Sie würden einen Koalitionsvertrag selbst dann unterschreiben, wenn dieser die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 100 % vorsähe, nur deswegen, um an einem Kabinetts-tisch Platz nehmen zu dürfen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Da sieht man, dass Sie mich nicht kennen! Dann wüssten Sie nämlich, dass ich nicht jeden Blödsinn unterschreibe!)

Einige grundsätzliche Bemerkungen: Es gibt in der Politik leider nicht mehr allzu viele Felder, auf denen der Bürger Differenzen zwischen den politischen Parteien ausmachen kann. Ich bin froh darüber, dass die Steuerpolitik ein Feld geworden ist, auf dem unterschiedliche gesellschaftspolitische Entwürfe durchaus abgelesen werden können.

Herr Kollege Halbleib und Herr Kollege Hallitzky, wir leben in einer Zeit, in der der Staat – Bund, Länder, Kommunen – die höchsten Steuereinnahmen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erzielt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist doch immer so, jedes Jahr!)

Im Jahr 2012 hat Deutschland bei den Steuereinnahmen die 600-Milliarden-Euro-Grenze überschritten. Noch einmal: Die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen in Deutschland zahlen jährlich 600 Milliarden Euro Steuern. Diese Summe wird bis zum Jahr 2017 auf circa 700 Milliarden Euro ansteigen. Unser Land, die Bundesrepublik Deutschland, hat also kein Einnahmeproblem und braucht deshalb auch keine Steuererhöhungen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Herr Kollege Halbleib, Sie unterliegen einem weiteren Irrtum: Immer dann, wenn wir steuerliche Entlastungen erreichen wollen, verlangen Sie Gegenfinanzierungsmodelle.

Dazu sage ich: Nein! Die Politik muss in der Lage sein, auch steuerpolitisch kreativ und innovativ zu sein, ohne Steuern permanent zu erhöhen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Also auf Pump leben?)

Nennen Sie mir doch ein Bundesland außer Bayern, das seit 2006 keine neuen Schulden aufgenommen hat und das in den Jahren 2012, 2013 und 2014 2,5 Milliarden Euro tilgt.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das ist doch eine Lüge! - Volkmar Halbleib (SPD): 10 Milliarden Euro Schulden!)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wenn Sie meinen, immer wieder mit dem Thema Landesbank kommen zu müssen, dann schauen Sie sich bitte die Entwicklung bei der WestLB, bei der HSH Nordbank und bei anderen Landesbanken an!

(Volkmar Halbleib (SPD): 10 Milliarden!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatssekretär - -

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Bayern hat noch eine Landesbank, die den bayerischen Mittelstand erfolgreich im Ausland begleitet.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatssekretär, darf ich Sie kurz unterbrechen und fragen, ob Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Aiwanger zulassen?

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Am Schluss, jetzt nicht.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Okay.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Ich betone erstens: Die Bayerische Landesbank begleitet den bayerischen Mittelstand erfolgreich. Zum Zwei-

ten: Die Bayerische Landesbank zahlt Geld an den Freistaat Bayern zurück. Nennen Sie mir nur ein einziges anderes Bundesland, in dem es eine ähnliche Konstellation gibt. Die gibt es nirgendwo sonst. Der Freistaat Bayern ist heute finanz- und haushaltspolitisch das erfolgreichste Land der Bundesrepublik Deutschland. Das lassen wir uns von Ihnen nicht kaputtreden.

(Beifall bei der CSU)

Nächste Bemerkung: Wir haben in den vergangenen Jahren durchaus auch auf bundespolitischer Ebene Entlastungen durchgesetzt. Ich erinnere an die Erhöhung des Kindergeldes, die Senkung der Rentenversicherungsbeiträge, die Erhöhung des Grundfreibetrags und viele andere Maßnahmen, die zum Wohl der bayerischen Wirtschaft und der Bürgerinnen und Bürger in unserem Freistaat waren.

Die Opposition müssen wir kritisch fragen – Kollege Klein und andere haben es schon angedeutet –: Wo waren Sie denn, als es um die Schaffung vernünftiger steuerpolitischer Rahmenbedingungen ging? - Ich nenne Ihnen zwei konkrete Vorschläge, bei denen Sie permanent auf der Bremse standen: Der erste Vorschlag sah die Linderung der Auswirkungen der kalten Progression vor; Kollegin Stewens hat es schon angesprochen. Man muss das dem Bürger draußen nur richtig erklären. Nehmen wir als Beispiel einen Maurer, der im Jahr 2012 ein bestimmtes Einkommen erzielt hat und 2013 eine Lohnerhöhung von 2 % bekommt. Wenn im selben Jahr die Inflationsrate genauso hoch ist wie die Lohnerhöhung, dann hat der Maurer am Schluss real weniger in der Tasche.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das wissen wir doch!)

Das ist die Wirkung der kalten Progression. Ihre Partei hat eine Neuregelung blockiert, Herr Kollege Halbleib.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Herr Kollege Halbleib, die Zeit, zu der sich die SPD als Arbeitnehmerpartei bezeichnen konnte, ist doch längst Vergangenheit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Facharbeiter, der Angestellte, der mittlere Beamte hat sich von Ihnen längst verabschiedet.

(Volkmar Halbleib (SPD): Quatsch!)

Sie haben bei der Bekämpfung der kalten Progression gebremst.

Nun zu Ihnen, meine Damen und Herren von den GRÜNEN: Wo war denn Ihre Begeisterung für die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung? - Davon war nichts zu spüren. Dabei wäre das ein sehr sinnvolles Instrument gewesen, das wir gemeinsam hätten einführen können. Es ist auch von Ihnen blockiert worden.

Unsere klare Ansage lautet: Wir werden überall dort, wo es möglich ist, auch auf der Berliner Ebene, dagegen kämpfen, dass Steuererhöhungen durchgesetzt werden, die eine Belastung von jährlich 40 Milliarden Euro mit sich bringen würden.

Herr Kollege Halbleib, nächste Grundsatzbemerkung: Als Politiker stehe ich immer vor der Frage, wen ich im Fokus haben soll. Die Alternative lautet aber nicht, nur den Hartz-IV-Empfänger oder nur den DAX-Manager im Fokus zu haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben die Spitzenverdiener im Fokus!)

– Ich sage Ihnen: Sie haben mehr als wir den Spitzenverdiener im Fokus.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie sind die Schutzmacht der oberen 10.000!)

Wir sind die Partei des Mittelstandes. Diese Staatsregierung hat in den vergangenen Jahren ganz bewusst Mittelstandspolitik betrieben. Wenn Sie von der Opposition schon von "Klientelpolitik" sprechen, dann sage ich Ihnen: Die Klientel dieser Staatsre-

gierung ist der qualifizierte Mittelstand, ob selbstständig oder unselbstständig arbeitend.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Tragödie, die Sie mit verursachen, liegt darin, dass wir derzeit dabei sind, den Mittelstand kaputt zu machen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Da haben Sie recht! Sie machen ihn kaputt!)

Es ist richtig, dass wir uns auch um die Menschen unten kümmern müssen, keine Frage. Auch die CSU hat immer gesagt: Den Schwächsten müssen wir helfen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann stimmen Sie unserem Vorschlag zu!)

Aber ich kann mich nicht nur um die Menschen unten kümmern. Ich kann mich auch nicht nur um Herrn Winterkorn von VW kümmern; er weiß sich selbst zu helfen.

Ich muss mich um die Leistungsträger im Mittelstand kümmern: Arbeiter, Angestellte, Pflegekräfte, Handwerksmeister, die sich selbstständig gemacht haben, junge Unternehmer, die bereit sind, ihre Unternehmen in die Zukunft zu führen. Das sind die Menschen, die im Fokus unserer Politik stehen. Sie von der SPD haben in all den Bundesländern, in denen Sie Verantwortung tragen, diese Menschen kläglich vernachlässigt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Noch eine Bemerkung zur Erbschaftsteuer: Ein Viertel der Erbschaftsteuer, die in der Bundesrepublik Deutschland eingenommen wird, kommt aus Bayern. Wir haben in Bayern hohe Vermögenswerte und hohe Bodenrichtwerte. Wir sind allerdings auch beim Thema Erbschaftsteuer an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts gebunden.

Die Erbschaftsteuer ist eine Landessteuer, sie fließt uns zu 100 % zu. Wir fordern den Bund auf, uns die Möglichkeit zu geben, den Tarif, die Freibeträge und – das sage ich bewusst – die Verschonungsregelungen selbst zu gestalten.

(Beifall bei der CSU)

Derzeit nimmt der Freistaat Bayern jährlich eine Milliarde Euro Erbschaftsteuer ein. Zunächst einmal freut das Finanzminister Dr. Söder und seinen Staatssekretär. Aber wissen Sie, woran ich eigentlich Interesse habe? Ich habe Interesse daran, dass der Sohn oder die Tochter das Unternehmen weiterführt, dass dort Ausbildungs- und Arbeitsplätze erhalten bleiben bzw. entstehen und dass dementsprechend Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden. Das ist nachhaltige Politik. Deshalb wollen wir das Unternehmensvermögen im Erbfall verschonen, soweit das verfassungsrechtlich möglich ist.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Warum bezeichnen Sie dann unseren Antrag als Unsinn?)

Im Erbfall können im ungünstigsten Fall drei Faktoren zusammenkommen: Der Senior hat nicht mehr investiert. Die "weichenden Erben" fordern ihren Anteil. Der Finanzminister will die Erbschaftsteuer haben. – Wenn diese drei Faktoren zusammenkommen, kann es für den Betrieb durchaus existenzgefährdend werden. Deshalb fordern wir eine Reform.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie reden für unseren Antrag!)

Meine nächste Anmerkung betrifft die Abgeltungsteuer. Man glaubt es ja nicht: Da klagt die linke Seite des Parlaments permanent über Steuerhinterziehung. Wir haben derzeit eine Abgeltungsteuer von 25 % plus Soli plus gegebenenfalls Abgeltungsteuer auf Kirchensteuer. Sie, meine Damen und Herren, sagen dann, dass wir den Satz auf 32 % erhöhen sollen. Wissen Sie, was das bedeutet? Das ist ein aktiver Beitrag zur

Förderung der Steuerhinterziehung und der Verlagerung von Kapital ins Ausland, meine Damen und Herren. Das schwächt den Finanzplatz Deutschland.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mein nächstes Thema ist die Umsatzsteuer. Sie wissen, dass Sie einen Finanzminister und einen Staatssekretär sehr schnell in Verlegenheit bringen können – das will ich gar nicht in Abrede stellen –, wenn Sie ihn auffordern: Erklären Sie mir bitte einmal den ermäßigten Mehrwertsteuersatz vollumfänglich und wie wir Rapsöl besteuern, wie wir Hackschnitzel besteuern, wie wir Adventskränze aus frischen und getrockneten Zweigen besteuern und wie wir Langusten besteuern.

Meine Damen und Herren. Sie haben den Koalitionspartner FDP beim Thema Beherbergungsleistungen beschimpft. Ich sage Ihnen: Aus ordnungspolitischen Gründen war ich kein glühender Verfechter der Absenkung des Mehrwertsteuersatzes auf Beherbergungsleistungen. Nachträglich muss ich Ihnen aber sagen: In meiner Region Allgäu war das auch für das bayerische Finanzministerium ein Gewinnmodell. Wissen Sie, warum? Ich habe zwar zunächst weniger Umsatzsteuer, aber aufgrund der Investitionen, die privat geführte Hotels getätigt haben, habe ich Steuermehreinnahmen. Für uns war das also nicht nur ein Null-Summen-Spiel, sondern steuerpolitisch war es für uns sogar ein Erfolgsmodell.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb sei allen Hoteliers im Freistaat und in Deutschland gesagt: Es wird keine Rolle rückwärts geben. Betrachten Sie die Finanzierungsgespräche mit Hoteliers: Die Absenkung des Mehrwertsteuersatzes hat sich sogar positiv auf Finanzierungsgespräche ausgewirkt.

Vorletzter Punkt, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen von der Opposition, sind die Grund- und die Vermögensteuer. Wir wollen bei der Grundsteuer keine Verkehrswerte, weil eine Grundsteuer, die sich an aktuellen Verkehrswerten festmacht, einen Bewertungs-

aufwand bedingt, der bei fast zwei Milliarden Euro liegt. Wir müssten in der Bundesrepublik zunächst einmal alle Grundstücke, alle Immobilien bewerten. Wir müssten das dann fortschreiben. Das wollen wir nicht. Wir wollen dies aus einem weiteren Grund nicht: Die Verkehrswerte bei der Grundsteuer sind nämlich die Vorstufe der Wiedereinführung einer Vermögensteuer.

Liebe Freunde, warum will eine CSU- und FDP-geführte Staatsregierung keine Vermögensteuer? – Weil die Vermögensteuer eine reine Substanzsteuer ist. Kollege Klein hat das sehr deutlich gemacht. Nehmen Sie folgenden Fall an: Jemand besitzt Eigentumswohnungen, die er vermietet hat. Bei einer Vermögensteuer wird dieses Vermögen besteuert, unabhängig davon, ob er mit dieser Vermögensanlage Rendite erzielt oder nicht, meine Damen und Herren. Insofern verzehrt eine Vermögensteuer die Substanz. Wir lehnen sie konsequent ab.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Letzter Punkt. Man merkt in der Steuerpolitik gesellschaftspolitische Unterschiede am deutlichsten beim Thema Ehegattensplitting. Wir werden beim Thema Ehegattensplitting in unserer Argumentation auch durch das Bundesverfassungsgericht gestützt. Betrachten Sie einmal, wer von den Steuermindereinnahmen beim Ehegattensplitting profitiert: 90 % der Mindereinnahmen, die beim Ehegattensplitting anfallen, kommen Familien mit Kindern zugute. Das Ehegattensplitting ist also ein Faktor der Familienförderung. Meine Damen und Herren, Ehegattensplitting heißt auch, dass wir eine Erwerbsgemeinschaft haben, dass in einer Ehe ein Ehegatte wirtschaftlich an Einkünften und Belastungen des anderen Ehegatten gleichmäßig teilhat. Deshalb wollen wir am Ehegattensplitting festhalten. Wir wollen es um eine Erhöhung des Kindergrundfreibetrags ergänzen – das ist angesagt und ist auch angemessen –, aber wir wollen am Ehegattensplitting festhalten.

Ich will Ihnen Ausführungen zum Thema Minijobs ersparen. Mit Ihrem Modell bestrafen Sie die Studenten, Rentner und Geringverdiener.

Zum Schluss sage ich Ihnen nur, meine Damen und Herren, einen Grundsatz, in dem man alles zusammenfassen kann: Für uns und diese Staatsregierung zählt die Mitte der Gesellschaft, bei Ihnen zählt die Mitte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Einen kleinen Moment, Herr Staatssekretär. Herr Aiwanger hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Pschierer, Sie haben in diffamierender Weise gesagt, die FREIEN WÄHLER wären bereit, alles zu unterschreiben, nur um - -

(Staatssekretär Franz Josef Pschierer: Ich habe gesagt: Sie haben gesagt!)

- Okay. Also: Ich wäre bereit, alles zu unterschreiben, nur um in eine Regierung zu kommen. Jetzt frage ich Sie: Stimmen Sie zu, wenn ich sage, dass die CSU bei der Wehrpflicht, bei der Atomenergie, bei der Donau-Staustufe, bei den Studiengebühren ihre Meinung fundamental geändert hat? Das ist Frage eins. Stimmen Sie dem zu, dass Sie Ihre Meinung geändert haben? Ja oder Nein?

Zweite Frage. Sie werfen uns vor, wir würden hier Anträge zur Bundespolitik stellen, und fragen, ob ich denn nicht wüsste, dass Steuerpolitik Bundespolitik sei. Meine Frage: Warum stellen dann Sie Anträge zur Bundespolitik?

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Weil wir eine CSU-Landesgruppe haben, Herr Kollege, die unsere Interessen in Berlin ganz aktiv und engagiert vertritt.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Eine Unverschämtheit gegenüber dem Kollegen!)

Ein weiterer Punkt. Herr Kollege Aiwanger, beim Donau-Ausbau, der Kernenergie und der Wehrpflicht hatten wir in meiner Partei in all den Jahren durchaus auch kritische

Diskussionen; es gab nie ein geschlossenes Meinungsbild. Das will ich gar nicht verhehlen.

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Schon vor Herrn Guttenberg gab es die Auffassung, dass das Thema Wehrpflicht vielleicht nicht mehr ganz aktuell ist und dass das Thema Berufsarmee vielleicht etwas konsequenter diskutiert werden muss, wenn eine Armee immer mehr an Auslandseinsätzen teilnimmt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Bevor die zwei namentlichen Abstimmungen stattfinden, lasse ich vorweg über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/18198 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – in einfacher Form abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen, bitte. – CSU, FDP und FREIE WÄHLER. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur ersten namentlichen Abstimmung, nämlich über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/17929. Das ist der Antrag der Fraktionen der FDP und der CSU. Die Urnen stehen bereit. Ich eröffne die Abstimmung. Fünf Minuten stehen hierfür zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 11.57 bis 12.02 Uhr)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen zum Ende. Ich bitte darum, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Wir fahren fort in der Reihenfolge der Dringlichkeitsanträge.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Nein, es folgt eine zweite namentliche Abstimmung!)

– Sorry. Das war eine Übersprungshandlung. Jetzt folgt die namentliche Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 16/18197; das ist der Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ich bitte Sie, Ihre Stimmkarten in die Urnen an den bekannten Orten einzuwerfen. Die Auszählung wird nachher außerhalb des Raums erfolgen. Wenn damit Einverständnis besteht, stehen für diese namentliche Abstimmung drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 12.03 bis 12.06 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, werfen Sie noch schnell Ihre Kärtchen ein. Die drei Minuten sind um. Das Ergebnis wird außerhalb des Saals ermittelt. Wir können jetzt in der Reihenfolge der Dringlichkeitsanträge fortfahren; denn die Steuerdebatte ist erledigt.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bevor ich den Tagesordnungspunkt 4 aufrufe, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hacker, Klein, Will und anderer und Fraktion sowie der Abgeordneten Stewens, Dodell, Goderbauer und anderer und Fraktion betreffend "Bürgerinnen und Bürger vor Steuererhöhungen schützen" bekannt. Diesen finden Sie auf der Drucksache 16/17929. Mit Ja haben 108 gestimmt, mit Nein haben 46 gestimmt, Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ebenfalls in namentlicher Form wurde über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Professor Dr. Bauer und anderer und Fraktion betreffend Abschaffung der Erbschaft- und Schenkungsteuer auf der Drucksache 16/18197 abgestimmt. Mit Ja haben 20 gestimmt, mit Nein haben 130 gestimmt, Stimmenthaltungen gab es 3. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

